

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
<b>Einleitung</b>	21
§ 1 Problemstellung	23
§ 2 Forschungsstand	25
§ 3 Gang der Untersuchung	26
<b>1. Teil: Interne Untersuchungen</b>	29
§ 4 Interne Untersuchungen als Element der Compliance	29
A. Begriff der internen Untersuchung	30
B. Einordnung interner Untersuchungen in den Kontext der Compliance	33
§ 5 Pflicht zur Durchführung interner Untersuchungen	39
A. Branchenspezifische Sonderregelungen	40
B. Branchenunabhängige Pflicht zur Durchführung interner Untersuchungen	41
§ 6 Durchführung interner Untersuchungen: Generierung von Beweismitteln	68
A. Interne und externe Untersuchungsführer und sonstige mitwirkende Personen	68
B. Zusammentragung und Aufarbeitung von Sachverhaltsinformationen	71
C. Schaffung von „Beweisen gegen sich selbst“?	76

<b>2. Teil: Beweisrechtliche Ausgangslage in Schadensersatzprozessen wegen Compliance-Verstößen</b>	<b>79</b>
§ 7 Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	80
A. Grundsätzliche Darlegungs- und Beweislast des geschädigten Klägers	81
B. Verlagerung der Beweislast und Modifizierung der Darlegungslast zulasten des beklagten Unternehmens	88
§ 8 Interne Untersuchungserkenntnisse zur Überwindung von aus der Beweislastverteilung resultierenden Beweisschwierigkeiten	115
<b>3. Teil: Möglichkeiten der Einführung interner Untersuchungserkenntnisse in den Zivilprozess gegen das Unternehmen</b>	<b>119</b>
§ 9 Vernehmung von Untersuchungsführern und sonstigen mitwirkenden Personen als Zeugen	121
A. Benennung der Zeugnisperson	122
B. Benennung des Beweisthemas	124
C. Ergebnis	126
§ 10 Vernehmung der Geschäftsleitung als Partei	126
A. Parteivernehmung auf Antrag der beweisbelasteten Partei	128
B. Parteivernehmung von Amts wegen	129
C. Ergebnis	131
§ 11 Vorlage von und Einsichtnahme in interne Untersuchungsurkunden	132
A. Urkunde im Besitz des Unternehmens	134
B. Urkunde im Besitz von Rechtsanwälten	160
C. Urkunde im Besitz von Ermittlungsbehörden	163
D. Ergebnis	167

§ 12 Vorlage und Inaugenscheinnahme elektronischer Untersuchungsdokumente	168
A. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt des Unternehmens	169
B. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt von Rechtsanwälten	172
C. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt der Ermittlungsbehörde	173
D. Ergebnis	175
§ 13 Ausblick: Vorlage von Beweismitteln im Zivilprozess de lege ferenda	175
<b>4. Teil: Grenzen der Einführung und Verwertung:     Zivilprozessuale Beweisverbote hinsichtlich interner     Untersuchungserkenntnisse</b>	181
§ 14 Zivilprozessuale Beweisverbote	182
A. Terminologie und Systematik der zivilprozessualen Beweisverbote	183
B. Konkretisierung und Einordnung der hier untersuchten Problematik in die Systematik der zivilprozessualen Beweisverbote	187
§ 15 Das Recht auf Beweis als Ausgangspunkt	189
A. Recht auf Erhebung von Beweisen	191
B. Recht auf Verwertung von Beweisen	203
C. Ergebnis	204
§ 16 Gesetzlich normierte Beweisverbote für interne Untersuchungserkenntnisse	205
A. Beweisverbot infolge des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs	206
B. Beweisverbot vor dem Hintergrund des § 384 ZPO	227
C. Ergebnis	231

§ 17 Strukturelle Analyse eines ungeschriebenen Beweisverbots für interne Untersuchungserkenntnisse	232
A. Existenz ungeschriebener Beweisverbote im Zivilprozess	232
B. Grundlage und Prüfungsmaßstab eines ungeschriebenen Beweisverbots	235
C. Ungeschriebenes Beweisverbot für interne Untersuchungserkenntnisse auf verfassungsrechtlicher Basis?	244
D. Ergebnis	326
<b>5. Teil: Schlussbetrachtungen</b>	329
§ 18 Ausblick: Interne Untersuchungen im Regressprozess	329
A. Haftungs- und beweisrechtliche Ausgangslage	331
B. Prozessuale Verwendung interner Untersuchungserkenntnisse	334
§ 19 Zusammenfassung in Thesen	338
<b>Literaturverzeichnis</b>	349

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	21
§ 1 Problemstellung	23
§ 2 Forschungsstand	25
§ 3 Gang der Untersuchung	26
<b>1. Teil: Interne Untersuchungen</b>	29
§ 4 Interne Untersuchungen als Element der Compliance	29
A. Begriff der internen Untersuchung	30
B. Einordnung interner Untersuchungen in den Kontext der Compliance	33
I. Begriff der Compliance	34
II. Präventive und repressive Compliance	36
III. Schlussfolgerungen für die Einordnung interner Untersuchungen	37
§ 5 Pflicht zur Durchführung interner Untersuchungen	39
A. Branchenspezifische Sonderregelungen	40
B. Branchenunabhängige Pflicht zur Durchführung interner Untersuchungen	41
I. Meinungsstand	42
II. Stellungnahme und eigener Ansatz	44
1. Aufklärungspflicht aufgrund ordnungswidrigkeitenrechtlicher Bestimmungen	45
2. Aufklärungspflicht aufgrund gesellschaftsrechtlicher Bestimmungen	47
a) Pflicht zur Einrichtung eines Kontroll- und Risikomanagementsystems und Bestandssicherungspflicht gem. § 91 AktG	48

b)	Leitungssorgfaltspflicht gem. § 93 AktG bzw. § 43 GmbHG	49
aa)	Bindung an das Gesellschaftsinteresse der Gewinnerzielung	51
bb)	Modifizierung durch das überindividuelle Interesse an der Einhaltung der Rechtsordnung	56
3.	Pflicht zu internen Untersuchungen im Einzelfall	60
4.	Ergebnis	64
III.	Ausblick: „Unternehmensstrafrecht“ de lege ferenda	65
<b>§ 6</b>	<b>Durchführung interner Untersuchungen: Generierung von Beweismitteln</b>	68
A.	Interne und externe Untersuchungsführer und sonstige mitwirkende Personen	68
B.	Zusammentragung und Aufarbeitung von Sachverhaltsinformationen	71
	I. Beschaffung der relevanten Sachverhaltsinformationen	71
	II. Aufarbeitung der erlangten Informationen und Dokumentation der internen Untersuchung	74
C.	Schaffung von „Beweisen gegen sich selbst“?	76
<b>2. Teil: Beweisrechtliche Ausgangslage in Schadensersatzprozessen wegen Compliance-Verstößen</b>		79
<b>§ 7</b>	<b>Verteilung der Darlegungs- und Beweislast</b>	80
A.	Grundsätzliche Darlegungs- und Beweislast des geschädigten Klägers	81
	I. Vertragliche und vertragsähnliche Schadensersatzansprüche	82
	II. Deliktische Schadensersatzansprüche	84
	III. Ergebnis	87

B. Verlagerung der Beweislast und Modifizierung der Darlegungslast zulasten des beklagten Unternehmens	88
I. Verlagerung der Beweislast	88
1. Verlagerung der Beweislast in gesetzlich geregelten Fällen	89
2. Verlagerung der Beweislast durch richterliche Rechtsfortbildung	91
a) Beweislastumkehr im Rahmen der deliktischen Produzentenhaftung	93
b) Folgerungen für die Frage nach einer Beweislastumkehr in Schadensersatzprozessen wegen Compliance-Verstößen	97
aa) Keine Beweislastumkehr für den Compliance-Verstoß eines Unternehmensangehörigen	97
bb) Beweislastumkehr für Organisationspflichtverletzungen	100
c) Ergebnis	103
II. Sekundäre Darlegungslast des beklagten Unternehmens	103
1. Die Substanzierungslast und das Institut der sekundären Darlegungslast	103
2. Judikatur zur sekundären Darlegungslast	106
3. Folgerungen für die Frage nach einer sekundären Darlegungslast in Schadensersatzprozessen wegen Compliance-Verstößen	110
4. Auswirkungen auf die weitere Untersuchung	112
5. Ergebnis	114
§ 8 Interne Untersuchungserkenntnisse zur Überwindung von aus der Beweislastverteilung resultierenden Beweisschwierigkeiten	115

<b>3. Teil: Möglichkeiten der Einführung interner Untersuchungserkenntnisse in den Zivilprozess gegen das Unternehmen</b>	<b>119</b>
§ 9 Vernehmung von Untersuchungsführern und sonstigen mitwirkenden Personen als Zeugen	121
A. Benennung der Zeugnisperson	122
B. Benennung des Beweisthemas	124
C. Ergebnis	126
§ 10 Vernehmung der Geschäftsleitung als Partei	126
A. Parteivernehmung auf Antrag der beweisbelasteten Partei	128
B. Parteivernehmung von Amts wegen	129
C. Ergebnis	131
§ 11 Vorlage von und Einsichtnahme in interne Untersuchungsurkunden	132
A. Urkunde im Besitz des Unternehmens	134
I. Urkundenedition nach §§ 421 ff. ZPO	134
1. Formelle Anforderungen des § 424 ZPO	135
2. Vorlageverpflichtung des Unternehmens nach §§ 422, 423 ZPO	136
a) Einsicht und Vorlage nach § 810 BGB	138
b) Vorlage zur Besichtigung nach § 809 BGB	140
c) Vorlage interner Untersuchungsurkunden nach § 242 BGB	141
3. Zwischenergebnis	145
II. Urkundenedition nach § 142 ZPO	145
1. Das nicht beweisbelastete Unternehmen als Adressat der Anordnung	146
2. Gegenstand und Voraussetzungen der Vorlageanordnung	148
a) Bezugnahme auf die interne Untersuchungsurkunde	148
aa) Erfordernis einer konkreten Bezeichnung	149

bb) Erfordernis konkreter Anhaltspunkte für die Existenz der Urkunde	153
cc) Auskunft über die Existenz von Urkunden	154
b) Substanziierter Tatsachenvortrag	156
3. Zwischenergebnis	159
B. Urkunde im Besitz von Rechtsanwälten	160
I. Urkundenedition nach §§ 428 ff. ZPO	160
II. Urkundenedition nach § 142 ZPO	163
C. Urkunde im Besitz von Ermittlungsbehörden	163
D. Ergebnis	167
 § 12 Vorlage und Inaugenscheinnahme elektronischer Untersuchungsdokumente	168
A. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt des Unternehmens	169
B. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt von Rechtsanwälten	172
C. Elektronische Dokumente in der Verfügungsgewalt der Ermittlungsbehörde	173
D. Ergebnis	175
 § 13 Ausblick: Vorlage von Beweismitteln im Zivilprozess de lege ferenda	175
 <b>4. Teil: Grenzen der Einführung und Verwertung: Zivilprozessuale Beweisverbote hinsichtlich interner Untersuchungserkenntnisse</b>	181
 § 14 Zivilprozessuale Beweisverbote	182
A. Terminologie und Systematik der zivilprozessualen Beweisverbote	183
I. Beweiserhebungsverbote	184
II. Beweisverwertungsverbote	187

B. Konkretisierung und Einordnung der hier untersuchten Problematik in die Systematik der zivilprozessualen Beweisverbote	187
§ 15 Das Recht auf Beweis als Ausgangspunkt	189
A. Recht auf Erhebung von Beweisen	191
I. Recht auf Erhebung beantragter Beweise	193
II. Recht auf Beweiserhebung von Amts wegen?	196
1. Bestehende Möglichkeit eines Beweisantrags	197
2. Fehlende Möglichkeit eines Beweisantrags	199
III. Zwischenergebnis	202
B. Recht auf Verwertung von Beweisen	203
C. Ergebnis	204
§ 16 Gesetzlich normierte Beweisverbote für interne Untersuchungserkenntnisse	205
A. Beweisverbot infolge des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs	206
I. Interne Untersuchungserkenntnisse im Kontext des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs	207
1. Persönlicher Geltungsbereich des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs	209
2. Sachlicher Geltungsbereich des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs	211
a) Interne Untersuchungserkenntnisse als anvertraute Tatsachen	211
b) Interne Untersuchungserkenntnisse als Gegenstand der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht	212
aa) Konkretisierung der anwaltlichen Berufsausübung	212
bb) Interne Untersuchungen als anwaltliche Berufsausübung	213
cc) Keine andere Bewertung durch VW/ <i>Jones Day</i>	217

3. Schlussfolgerungen hinsichtlich der Geltung des zivilprozessualen Anwaltsprivilegs für interne Untersuchungserkenntnisse	218
II. Das Anwaltsprivileg im Kontext der zivilprozessualen Beweisverbote	220
1. Beweiserhebungsverbot auf Grundlage des § 383 ZPO	221
2. Beweisverwertungsverbot infolge eines Verstoßes gegen § 383 ZPO	224
B. Beweisverbot vor dem Hintergrund des § 384 ZPO	227
C. Ergebnis	231
<b>§ 17 Strukturelle Analyse eines ungeschriebenen Beweisverbots für interne Untersuchungserkenntnisse</b>	<b>232</b>
A. Existenz ungeschriebener Beweisverbote im Zivilprozess	232
B. Grundlage und Prüfungsmaßstab eines ungeschriebenen Beweisverbots	235
I. Verfassungsrechtlicher Prüfungsmaßstab bei Beweisverboten für rechtswidrig erstellte oder erlangte Beweismittel	236
II. Beweiserhebung und -verwertung als Anknüpfungspunkt	238
III. Anwendung des verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstabs auf die vorliegende Untersuchung	241
C. Ungeschriebenes Beweisverbot für interne Untersuchungserkenntnisse auf verfassungsrechtlicher Basis?	244
I. Verfassungsrechtlich geschütztes Beweisinteresse des Klägers	244
II. Verfassungsrechtlich geschützte Interessen des Unternehmens	245
1. Recht des Unternehmens auf informationelle Selbstbestimmung über interne Untersuchungserkenntnisse	247
2. Verhältnis zu anderen Grundrechten	250

III. Abwägung und Herstellung praktischer Konkordanz	251
1. Abwägungentscheidung	252
a) Wahrheitsermittlung als Zweck des Zivilprozesses?	253
aa) Wahrheitsermittlung als (notwendiges) Zwischenziel	254
bb) Grenzen der Wahrheitsfindung	257
cc) Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	259
b) Faires Verfahren und prozessuale Waffengleichheit	259
aa) Inhalt und beweisrechtlicher Anwendungsbereich des Grundsatzes der prozessualen Waffengleichheit	261
bb) Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	263
(1) Prozessuale Ungleichgewichtslage zwischen den Parteien	264
(2) Chancengleichheit durch Erhebung und Verwertung interner Untersuchungserkenntnisse?	266
c) Prozessuales Ausforschungsverbot	267
aa) Abgrenzung des Ausforschungsbeweises zur fehlenden Substanziierung	268
bb) Ermittlung neuer Tatsachen und Behauptungen „ins Blaue hinein“	269
cc) Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	271
d) <i>Nemo tenetur edere contra se</i>	274
aa) Grundsatz des <i>nemo tenetur edere contra se</i> im modernen Zivilprozess	275
bb) Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	279
e) <i>Nemo tenetur se ipsum accusare</i>	282
aa) Anwendbarkeit des <i>nemo tenetur</i> -Grundsatzes auf Unternehmen	284

bb)	Nemo tenetur-Grundsatz im Zivilprozess	287
	(1) Meinungsstand	289
	(2) Stellungnahme	291
	(3) Ausnahme wegen eines staatlichen Interesses an internen Untersuchungen?	294
cc)	Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	296
f)	Überindividuelles Interesse an der Einhaltung der Rechtsordnung	297
g)	Störung des normativen Beweislastgefüges	299
aa)	Auswirkungen auf die objektive Beweislast	300
bb)	Auswirkungen auf die subjektive Beweislast	301
cc)	Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	303
h)	Datenschutzrechtliche Erwägungen	303
aa)	Rechtsrahmen des Datenschutzes	304
bb)	Legitimationsgrundlage für die Informationsverarbeitung durch Gericht, Unternehmen bzw. Dritte	306
cc)	Kompatibilität von ursprünglichem Erhebungszweck und prozessualer Verwendung	308
dd)	Folgerungen für die Frage nach einem ungeschriebenen Beweisverbot	311
i)	Entwertung des Geheimhaltungsinteresses bei rechtswidrigen Verhaltensweisen?	312
j)	Ergebnis der Abwägung	315
2.	Herstellung praktischer Konkordanz durch Berücksichtigung der Geheimhaltungsinteressen bei der Verfahrensgestaltung	316
a)	In camera-Verfahren im Zivilprozess	318
b)	Unkenntlichmachung sensibler Informationen	323

c) Ergebnis	325
D. Ergebnis	326
<b>5. Teil: Schlussbetrachtungen</b>	329
§ 18 Ausblick: Interne Untersuchungen im Regressprozess	329
A. Haftungs- und beweisrechtliche Ausgangslage	331
B. Prozessuale Verwendung interner Untersuchungserkenntnisse	334
§ 19 Zusammenfassung in Thesen	338
<b>Literaturverzeichnis</b>	349